

Haushaltsrede 2024 der WBB-Fraktion

Gehalten von Gemeinderat Timo Martin am 26.02.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, Damen und Herren der Verwaltung,

Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

In einer aufgewühlten Republik, die durch die Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichts in die Staatsfinanzen und die daraus resultierenden Milliardenlöcher im Bundeshaushalt geprägt ist, sowie zahlreiche Regierungen im ständigen Krisenmodus, die mehr reagieren als agieren, präsentiert die Verwaltung von Weingarten einen Kommunalhaushalt für 2024, der aus Sicht der WBB-Fraktion zumindest vordergründig zu keinen Beanstandungen Anlass gibt.

Haushalt 2024: Investition von ca. 15 Mio. € im Jahr 2024

Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 15 Millionen Euro dürfte unsere Gemeinde erneut zu den investitionsfreudigsten im Landkreis gehören, wenn man alle Parameter wie Einwohnerzahl, Verwaltungsgröße und Umfang der kommunalen Infrastruktur auf einen gemeinsamen Nenner bringt. Die Tatsache, dass die theoretisch ambitionierten Volumina des Kernhaushalts und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe in den letzten Jahren kaum innerhalb der jeweiligen Berichtszeiträume umgesetzt wurden, erscheint angesichts des Fachkräftemangels und der übertragenen Aufgabenlast durch Bund und Land an die Kommunen wenig überraschend.

Im Gegensatz zur dauerhaften Kritik einiger politischer Mitbewerber nimmt die WBB-Fraktion die Erreichungsgrade der Ziele lediglich zur Kenntnis. Wir betrachten "Luft im Haushalt" weniger negativ, da sie auch als Absicherung für mögliche Nachtragshaushalte dient. Unser Fokus liegt eindeutig auf dem politischen Willen zur Umsetzung einzelner Projekte, welcher grundsätzlich durch den Beschluss der Haushaltssatzung festgelegt wird.

Risiko Kirchberg-Mittelweg

Als Beispiele für Projekte von außerordentlicher Dauer und langfristiger Tragweite dienen die vor anderthalb Jahrzehnten beschlossenen Erschließungsgebiete, nämlich das Gewerbegebiet Sandfeld und das Baugebiet Kirchberg-Mittelweg. Insbesondere letzteres bleibt mit einem Gesamterschließungsaufwand von mindestens 15 Mio. € eine der bedeutendsten und zugleich unwägbarsten finanziellen Positionen in unserem

Planungszeitraum, wobei natürlich erhebliche Gegeneinnahmen im Zahlenwerk integriert sind.

Erneute Sanierung von Gewerken der Generalsanierung der Walzbachhalle

Besonders bedauerlich ist die Notwendigkeit einer erneuten Sanierung der Südfassade der Walzbachhalle aufgrund von Wassereintritten und dem nicht fachgerechten Einbau von über einem Dutzend Brandschutztüren. Beide Gewerke zeigen nur 15 Jahre nach der knapp 3,8 Mio. € teuren Generalsanierung erhebliche Mängel, die vermutlich auf unsachgemäß durchgeführte Arbeiten oder das Nichtbeachten allgemein anerkannter Regeln der Technik zurückzuführen sind. Noch bedauerlicher ist jedoch wahrscheinlich die unzureichende Bauabnahme seitens des mit der Bauüberwachung beauftragten Planungsbüros oder letztlich der damaligen Akteure der Verwaltung. Auf Nachfrage der WBB-Fraktion können weder das damalige Büro noch die ausführende Firma für den Regress herangezogen werden. Dies führt leider zu unnötigen finanziellen Belastungen für den Steuerzahler.

Nennenswerte Positionen 2024

Weitere nennenswerte Positionen im Haushalt sind auch die ersten größeren Ansätze für den geplanten Schulneubau. Zusätzlich sind beträchtliche Mittel für weitere Straßensanierungen vorgesehen, insbesondere für den letzten Sanierungsabschnitt der Burgstraße. Nicht zu unterschätzen sind auch die Zuschüsse zu privaten Investitionen im Rahmen der beiden bewilligten Sanierungsgebiete „Ortskern“ und „Jöhlinger Straße“, die sich auf über 1 Mio. € belaufen. Dabei sind jedoch 60% Förderungen des Landes gegenzurechnen.

Unsere Betrachtung - Investitionen versus Schuldenentwicklung:

Die divergierenden Ansichten zur Verschuldungs- und Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde haben in den letzten Jahrzehnten zu kontroversen Diskussionen und Standpunkten von Haushaltssprechern, Kämmerern, amtierenden Bürgermeistern und auch Teile der mitunter fachkundigen Bevölkerung geführt. Die Gründung der WBB im Jahr 1994 erfolgte nicht zuletzt aufgrund von Sorgen um die kommunalen Finanzen, insbesondere als die Gemeinde beispielsweise eine Stadtbahnrate nicht fristgerecht begleichen konnte.

Vergleichbarkeit zwischen den Kommunen:

Die WBB-Fraktion ist eindeutig der Meinung: Eine authentische Vergleichbarkeit der jeweiligen finanziellen Situationen zwischen den Kommunen ist schlichtweg nicht möglich. Selbst wenn die lokale Tageszeitung dies mit zweifelhaften Zahlen, wie beispielsweise der unsäglichen "Pro-Kopf-Verschuldung", immer wieder versucht, bleibt die Aussagekraft fragwürdig. Diese berücksichtigt auch nicht das Auslagern von Schulden vom Kernhaushalt in Eigenbetriebe oder gar Gesellschaften. Die Nichtvergleichbarkeit fußt nicht nur aufgrund der Tatsache völlig unterschiedlicher Infrastrukturen, sondern größtenteils auch wegen dem "teuren Vermögen" unterhalb der Erdoberfläche. Wer kann schon annähernd beurteilen, in welchem Zustand und

Sanierungsgrad sich die Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Kanäle im Vergleich der Kommunen befinden? Hierzu zitiere ich gerne meinen eigenen häufig geäußerten Spruch:

"Der Bürger, der morgens zur Stadtbahn geht, macht sich vermutlich keine Gedanken darüber, ob das Abwasser unter ihm rechts oder linksherum fließt."

Wir hoffen alle, mindestens nicht ins Erdreich, sonst befänden wir uns im Straftatbestand. Wir von der WBB sehen jedenfalls keinerlei Nutzen darin, derartige Vergleiche anzustellen.

Millioneninvestitionen in Zeiten der Nullzins-Politik: Alles richtig gemacht!

Die WBB schließt sich selbstverständlich der latent anhaltenden Kritik an der massiven Verschuldung an, viele nennen es auch "Überschuldung". Es empfiehlt sich dennoch, genau zu betrachten, in welche Projekte wir kreditfinanziert investiert haben. Vielfach reden wir von dem geflügelten oder gar inflationären Wort "rentierliche Schulden". Es trifft aber genau den Kern, und dieser darf oder muss auch positiv benannt werden. Unsere Fraktion empfindet – und hier unterscheiden wir uns sicherlich von dem einen oder der anderen Haushaltssprecherin – ein ausgesprochen positives, wenn auch häufig subjektives Gefühl in Bezug auf die umfangreichen getätigten Investitionen innerhalb der letzten Dekade. Diese gewinnen in der aktuellen Hochzinsphase und einer nie gekannten Inflation rückblickend noch mehr an substanzieller Bedeutung. Denn während die Schulden durch die Geldentwertung der Inflation im Prinzip heute weniger hoch sind, stiegen gleichzeitig die Löhne und Baukosten ins Unermessliche. Trotz Rekordeinnahmen haben wir nämlich in diesem Zeitraum die Verschuldungsgrade im Kernhaushalt und den Eigenbetrieben weiter und erheblich gesteigert. Im Gegenzug haben wir beträchtliche Vermögenswerte unserer Daseinsvorsorge nahezu zinsfrei finanziert, saniert und zukunftsfähig gemacht. Die Aufzählung der unzähligen Projekte und Baumaßnahmen würden den Rahmen unserer Stellungnahme sprengen.

Uns ist jedenfalls keine vergleichbare Gemeinde im weiten Umkreis bekannt, die in diesem Zeitraum ähnliche Investitionen von mehreren Dutzend Mio. € bewältigt hat. Diese Leistung ist auch personell betrachtet als beeindruckend und einzigartig zu bezeichnen.

„Schwarze Null“ & kaputte Infrastruktur?

Genug der euphorischen Lobpreisungen, nun zur Kehrseite – dem berechtigten Anliegen der vielbeschworenen "Schwarzen Null". Diese erinnert stark an den kürzlich verstorbenen Staatsmann Wolfgang Schäuble und steht für eine Haushaltspolitik, bei der der Staatshaushalt ohne Neuverschuldung oder mit einem ausgeglichenen Haushalt geführt wird, um die finanzielle Stabilität des Landes zu gewährleisten. Diese Zielsetzung kann selbstverständlich auch auf die kommunale Ebene übertragen werden. Doch was nützt die "Schwarze Null", wenn dringend benötigte Investitionen in die Infrastruktur ausbleiben und diese sprichwörtlich kaputtgespart wurde? Baustellen und Sperrungen lähmen das Land täglich, auch volkswirtschaftlich gesehen.

Möglicherweise wird die Lokalpresse zukünftig alternative Vergleiche präsentieren. Ebenso könnten einige finanzpolitische Schwarzseher im Gremium eines Besseren

belehrt werden, wenn vermeintlich schuldenarme Kommunen eines Tages den erheblichen Nachholbedarf ihrer kommunalen Infrastruktur finanziell und personell bewältigen müssen.

Projekte werden nicht weniger (komplex) – im Gegenteil!

Das größte Problem für Weingarten besteht darin, dass die Projekte nicht kleiner oder weniger komplex werden – im Gegenteil: In der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2025-2027 für den Kernhaushalt und die Eigenbetriebe, einschließlich des gemeinsam mit der Gemeinde Walzbachtal betriebenen Klärwerks, ist eine enorm hohe und personell anspruchsvolle Investitionssumme von über 120 Mio. € veranschlagt. Allerdings steht auch hier eine hohe zweistellige Millionen-Eigenkapitalquote gegenüber, sofern die Einnahmen und die Vermögensumschichtung tatsächlich im geplanten Umfang so realisierbar – und vor allem auch politisch so gewollt sind!

40-50 Mio. €: Schulneubau & dessen Finanzierung

Die wohl größte Investition aller Zeiten betrifft den geplanten Schulneubau auf dem Festplatzareal, mit einer voraussichtlichen Kostenbandbreite von 40-50 Mio. €, Betonung 'Stand heute', bei einer momentan noch völlig offenen Förderkulisse. Diese wird in abflauenden Konjunkturzeiten und dem erwähnten Urteil des Verfassungsgerichts, verbunden mit den Milliarden-Haushaltslöchern, sicherlich kaum besser. Aktuelle Schätzungen zufolge dürfte die Förderung unter 10 Mio. € liegen, im besten Fall unter 25%. Zudem ist in der Mittelfrist-Planung in dem benannten dreistelligen Mio.-Betrag der Schulneubau sogar nur zu rund der Hälfte enthalten (!).

Kreditwürdigkeit, Schuldendienst & Gebühren

Das bedeutet, dass finanziell die Haushalte nach 2028 ff aus heutiger Sicht kaum darstellbar sind. Es geht, wie im privaten Umfeld, nicht nur um die eigentliche Kreditwürdigkeit, sondern um die jährlich zu stemmenden Gesamtbelastungen für Zins und Tilgung. Im Kernhaushalt im Jahr 2024, wohlgemerkt nach der Nullzinsphase und einem Bruchteil der zu erwartenden künftigen Schulden, belaufen sich diese bereits auf die Größenordnung von 760 Tsd. € oder in der kommunalen Währung umgerechnet auf rund sieben Kinderbetreuungsgruppen. Dies ist viel Geld, das wiederum für keine anderen Zwecke zur Verfügung steht, noch weniger für Freiwilligkeitsleistungen wie die routinemäßig vor Kommunalwahlen aufgewärmte Debatte um ein neues, großes Freibad-Außenbecken, von vermeintlichen Entlastungsstraßen durch die Breitwiesen ganz zu schweigen. Die erhebliche Verschuldungen der Eigenbetriebe ist hier gar nicht enthalten; diese spiegelt sich nämlich in den jeweiligen Gebührenkalkulationen und damit den Jahresrechnungen der Verbraucher wider. Allein das Großprojekt "Klärwerksumbau" wird in Zukunft die Gebührenzahler in ganz anderen Dimensionen belasten.

Keine breite Unterstützung für neuen Schulstandort

Zurück zur Schule und der Standort-Entscheidung: Nach rund acht Jahren Anlauf, Gespräche, Irrungen und Wirrungen seit dem ersten „Brandbrief“ der Schulleitung bezüglich der massiven Kapazitätsprobleme wurde endlich der mit Spannung erwartete Grundsatzbeschluss zum künftigen Schulstandort vor mehreren hundert Zuschauern getroffen. Die Bewertungen und Vergleiche des historischen Standorts im

Ortskern mit dem Areal Festplatz waren aus Sicht der WBB-Fraktion verwaltungsseitig und von Seiten der Schulleitung hervorragend aufbereitet. Nach sorgfältiger Abwägung aller belastbaren Zahlen und Fakten kam für unsere Fraktion und die Mehrheit des Gemeinderates die eindeutige Erkenntnis, dass bei ähnlichem Gesamtvolumen im Prinzip nur der Festplatz als zukunftsfähiger Standort in Betracht kommt.

Substanz der Gebäude & jahrelange Umbauphasen keine Alternativen

Das Hauptkriterium für die WBB-Fraktion ist insbesondere die nicht vorstellbare, lange Jahre anhaltende Umbauphase im laufenden Schulbetrieb, verbunden mit vielen kostenintensiven Provisorien und Überraschungen, die Altbausanierungen mit sich bringen. Unabhängig von künftigen Bildungspolitiken und Regierungskoalitionen setzen wir darauf, zukunftssträchtige und vor allem flexible Raumkapazitäten zu schaffen, um den steigenden Schülerzahlen und Mehrzügigkeiten gerecht zu werden. Durch eine verbesserte Raumnutzung und insgesamt weniger Flächenbedarf werden die künftigen Bewirtschaftungskosten deutlich vorteilhafter für die jährlichen Haushalte ausfallen. Vermeintlich kostengünstigere Lösungen, beispielsweise der Erhalt der Grundschule im Ortskern, lehnen wir ab, da diese Vorschläge nicht substantiell und angesichts der zu erwartenden Ganztagesgrundschule mit völlig verändertem Raumbedarf schlicht nicht umsetzbar oder zukunftsfähig sind.

Breite politische Unterstützung zum Schulstandort wünschenswert

Der Abend der finalen Entscheidung in der vollbesetzten Walzbachhalle hätte nach Jahren der Diskussionen und Verwerfungen von Plänen ein positiver und würdiger Meilenstein sein können. Hätte sein können! Doch dieser Moment wurde von zwei wesentlichen Aspekten getrübt: Erstens stimmten nur zwei Fraktionen, neben der WBB auch die SPD, geschlossen für den Standort am Festplatz. Damit scheint es, ähnlich der früheren Entscheidung zur Freibadverlagerung, an einer breiten politischen Unterstützung bei einem solchen Großprojekt erneut zu mangeln.

Finanzmysterium: Rätselraten um die Geldquellen

Zweiter Wehrmutstropfen, wobei der „Tropfen“ sehr, sehr stark untertrieben ist: Die völlige Unkenntnis einer möglichen Finanzierung! Die Verwaltung hat trotz vorheriger Zusage, bei der Generalentscheidung bereits belastbare Finanzierungsvorschläge präsentieren zu können, außer einem Sammelsurium von Eventualitäten und spekulativen Themen keinerlei Lösungen darstellen können, schon gar nicht in der benötigten Größenordnung. Dies wird auch durch die auf der Gemeindehomepage veröffentlichte Präsentation zum Schulneubau (Sitzung vom 24.10.2023) verdeutlicht. Wie kann eine Kommune dieser Größenordnung auch nur ansatzweise ein solches Projekt finanziell stemmen und dabei die zahlreichen anderen und immer zahlreicher werdenden Pflichtaufgaben nicht vernachlässigen?

Das ist die Kernfrage dieses Haushalts, oder besser gesagt aller Haushalte bis mindestens Ende des Jahrzehnts, und vermutlich weit darüber hinaus!

Beispiel für fehlende Debatten-Kultur: Flächenverpachtung Windkraft

Welche Einnahmemöglichkeiten haben wir? Ein Beispiel dafür, wie man es nicht macht, zeigt die unsägliche und seit über sieben Jahren andauernde Windkraftdebatte mit einem Bürgermeister an der Spitze, der bei diesem Thema trotz der Aussicht auf hohe Pachterlöse ein, aus unserer Sicht, schwaches und wankelmütiges Bild abgibt.

Möglichkeit hoher Pachterlöse vorzeitig verzockt

Wir betonen erneut, dass in Weingarten ausschließlich über die Verpachtung kommunaler Flächen entschieden werden kann. Gleichzeitig und analog zur geplanten Erdölförderung entscheiden wir, ob die Pachterlöse sozialisiert und der Bevölkerung zugutekommen oder ob einzelne private Grundstückseigentümer davon zu Lasten der Allgemeinheit profitieren. Durch die rechtskräftige Ausweisung der Windkraft-Vorrangfläche, die ursprünglich sogar und aus heutiger Sicht unerklärlicherweise von einer überwältigenden Mehrheit dieses Gemeinderats mit positivem Votum beschlossen wurde, können Anlagen bei Verfügbarkeit von Grundstücken durch Projektierer oder Investoren nicht mehr verhindert werden. Das Ziel der Gemeinde muss daher zwingend sein, die größtmöglichen Pachterlöse selbst zu generieren. Leider haben wir durch den, aus unserer Sicht ausschließlich ideologiebasierten und äußerst knappen Beschluss "Kein Wald für Windkraft" des Gemeinderats im Juni 2021, damals initiiert von CDU, SPD und FDP, bereits einen hohen sechsstelligen Betrag nachhaltig und über viele Jahre verloren!

Geld, das unseren Bürgern fortan fehlt!

Seit der vorzeitigen Ablehnung der optionalen Waldstandorte hat der Projektierer unumkehrbare Planungsänderungen vorgenommen: Statt der ursprünglich geplanten drei Waldstandorte stehen nun nur noch zwei zur Option. Hingegen plant er drei Anlagen auf den Feldern, anstelle der zuvor vorgesehenen zwei. Diese Anpassungen tangieren nicht nur die Bevölkerung unserer Nachbargemeinde Jöhlingen stärker, sondern führen aus kommunaler Perspektive bereits vor fundierten Debatten zu erheblichen Mindererlösen, da die Gemeinde außerhalb des Waldes lediglich einen Flächenanteil von etwa 30 Prozent besitzt.

Abwägung der Waldstandorte

Um keine falschen Gedanken aufkommen zu lassen: Auch für **uns** ist unser Wald ein hohes Gut, mit dem sorgsam umzugehen ist. Es war für uns bereits in früheren Jahren keine leichte Entscheidung, für die Rodung von über 5 ha Wald für den Lärmschutzwall zu stimmen. Ebenso haben wir deutlich gemacht, dass es nach der letzten Erweiterung des Baggersees um 6 ha Wald keine Fortsetzung der Kiesentnahme mehr geben wird. Wir verschließen die Augen angesichts der Energiekrise nicht.

Drei Windräder werden mit oder ohne kommunale Flächen kommen, so zumindest die verwaltungsrechtliche Situation

Daher ist bei einer kommunalen Gesamtwaldfläche von rund 1.067 ha das Opfer von 2-3 ha Wald, der auszugleichen ist, für die noch möglichen zwei Windräder im

Gemeindewald vielleicht ein schmerzhafter, aber notwendiger Beitrag beim Bemühen um mehr Autarkie und finanzielle Ressourcen.

Apell: Wahre Ablehnungsgründe benennen!

Wir möchten an dieser Stelle auch an den Appell unseres geschätzten und profunden Mitbürgers Karl-Friedrich Ziegahn im Rahmen des Energiedialogforums erinnern. Er forderte die Windkraftgegner dazu auf, ihre wahren Motive zu benennen – eine weitere Möglichkeit der Versachlichung. Wird der Natur- und Artenschutz nur als „Verhinderungswerkzeug“ missbraucht, oder geht es wirklich um diesen? Dann dürften die Amphibienschützer, die bei Wind und Wetter entlang der B3 ihren Freiwilligendienst versehen, normalerweise keine Nachwuchssorgen haben.

Fakten für gewissenhafte Entscheidung liegen weitgehend vor

Nun liegen zwischenzeitlich sämtliche relevanten Zahlen und Fakten vor, basierend auf dem von der WBB-Fraktion beantragten und durchgeführten Energiedialog, den beiden Naturschutzgutachten des Projektierers und der Dagegen-Initiative, dem Gutachten zur Windhöflichkeit sowie den konkreten Pachtangeboten. Dies sind nun einmal die Fakten, auch wenn andere Fraktionen das vermeintliche Fehlen neuer Fakten nun als ihre eigenen Fakten ummünzen und der Öffentlichkeit verkaufen wollen.

Konstruktive und aufwändige Fraktionsarbeit der Bürgerbewegung

Die WBB-Fraktion hatte dagegen 12 weitere Sachverhalte und Stellungnahmen, darunter als erste Fraktion die Forderung nach öffentlicher Vorstellung des „Gegenwind-Gutachtens“, in einem Antrag gebündelt, um eine allumfassende und vor allem neutral zu bewertende Sitzungsvorlage für die finalen Abstimmungen zu erhalten. Ein weiterer Vorschlag der WBB-Fraktion war es im Rahmen der Sitzung, verwaltungsseitig einen Stichtag zu benennen, zu dem alle Fraktionen die aus ihrer Sicht noch offenen, zu klärenden Punkte einreichen können, damit diese fachgerecht für die anstehenden Entscheidungen aufbereitet werden können.

Zögern, zaudern, verhindern, nichtentscheiden...

Neben dem gesamten Antrag wurde auch dieser Vorschlag ohne Begründung oder inhaltlicher Debatte schlicht und kategorisch abgelehnt. Erst recht verwundert zeigen wir uns wenige Tage später beim Studium der Stellungnahmen der Fraktionen im Amtsblatt. Die CDU schreibt, dass für eine „Bewertung der Gesamtsituation“ zuerst alle Pro- und Contra-Fakten auf den Tisch müssen. Dies entspricht genau unserem Vorschlag, der Tage zuvor abgelehnt wurde. Die FDP hatte es in ihrer Stellungnahme noch treffender formuliert und schließt sich selbst mit ihrer Überschrift wohl nicht aus: "Willkommen in der Welt der Widersprüche". Solange der Strom aus der Steckdose kommt, wird das Thema erneut ohne Entscheidungen durch die ablehnende Gemeinderatsmehrheit aus CDU, SPD und FDP weiter ausgesessen, unterstützt vom sich ein weiteres Mal enthaltenden Bürgermeister.

Déjà-vu bei Klimaschutzziele & Energie-Autarkie:

Ein Déjà-vu erleben wir auch bei einem anderen Transformations-Thema, der möglichen Errichtung einer schwimmenden Photovoltaikanlage auf dem Baggersee.

Durch den Vorteil, dass weder forst- noch landwirtschaftliche Flächen verloren gehen, wurde seitens der Verwaltung bereits im September 2020, also auch schon wieder vor dreieinhalb Jahren, einem schwäbischen Investor angeboten, seine diesbezügliche Konzeption in einer öffentlichen Sitzung vorzustellen und zu erläutern. Zwischenzeitlich gibt es auch Studien des Ifo Instituts Freiburg, die die Auswirkungen der Natureingriffe, aber auch viele Vorteile in der Entwicklung der Gewässerökologie festgestellt haben.

Obwohl im Herbst 2023 von unserem Klimaschutzmanager sogar noch eine Exkursion für den Gemeinderat und Vertreter des Anglervereins im pfälzischen Leimersheim organisiert wurde, positionierte sich dieselbe Gemeinderatsmehrheit laut den Fraktionsstellungen im Amtsblatt schon vor Jahren, **ebenso wieder ohne jegliche inhaltliche Auseinandersetzung im Gremium**, auch dieser Zukunftsalternative von vorneherein ablehnend.

Forderung nach ernsthafter Auseinandersetzung mit Zukunftsthemen:

Ob also Windkraft oder großflächige Photovoltaik, von dem Potential der Geothermie ganz zu schweigen, diese Zukunftsthemen, denen wir uns nicht verweigern können, sind nicht nur Eckpfeiler unserer angestrebten Klimaneutralität 2035, sondern eröffnen Perspektiven auf Millionenerlöse. Diese sind in Sachen Pächterlöse nicht, wie von der CDU im Amtsblatt betitelt, „unmoralisch“, sondern unterliegen schlichtweg den Gesetzmäßigkeiten des Marktes. Weitere Vorteile durch Beteiligungs- und Betreibermodelle, bis hin zur Option einer Bürgerenergiegenossenschaft und vergünstigten Strom für alle unsere Einwohner wurden bisher nicht mal ansatzweise im Gremium erörtert.

Unsere Fraktion fordert daher die Abkehr von der bisher gezeigten Verweigerungshaltung, dem permanenten Misstrauen Investoren gegenüber, die ernsthafte und seriöse Befassung mit den Themen der Zeit, damit auch die Gegenfinanzierung der anfangs geschilderten Großprojekte nicht nur Worthülsen bleiben. Eigene konstruktive Vorschläge sind ebenso immer willkommen!

Weiter erwarten wir von der WBB endlich einen Bürgermeister, der nicht einfach unkoordiniert ein Gremium machen lässt, sondern für die gemeinsamen Ziele und Beschlüsse mutig und engagiert vorangeht, sich bei entscheidenden Zukunftsfragen nicht enthält! Hierzu gehört auch die Verlässlichkeit der getroffenen Zusage auf der Einwohnerversammlung, die Waldstandorte einer erneuten Entscheidung zuzuführen.

Neuer Gemeinderat bedarf einer anderen Schlagzahl!

Bekanntermaßen werden Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat ausschließlich an Lösungen gemessen, nicht an dauerhaftem und bereits penetrantem Benennen der Probleme. Es sind Vorschläge und konstruktives Zutun gefragt, anstatt zu zögern, zu

zaudern und zu verhindern. Viele mahnende Zeigefinger, wie wir sie sicherlich auch in diesen Haushaltsreden wieder vernehmen werden, aufgrund der zu erwartenden desaströsen Finanzen der nächsten Jahre, beinhalten ebenfalls keinerlei Lösungsansätze.

Gleiches gilt für das Zurücklehnen am Ratstisch, das Warten auf vermeintliche Lösungen, die vom Himmel fallen, und die inflationären Hinweise von vermeintlich roten Linien. Die generelle Transformation, unsere Klimaschutzziele, aber auch Großprojekte wie der Schulneubau erfordern künftig aus Sicht der WBB-Fraktion eine deutlich höhere Schlagzahl und Bereitschaft. Analog zu anderen Kommunen und deren Gemeinderäten müssen wir energischer vorangehen, für Veränderungen bereit sein und neuen Themen grundsätzlich erst einmal offen, unvoreingenommen und ideologiefrei gegenüberstehen. Es hilft nicht mehr, nur Nein zu sagen oder in Dauerschleife zu betonen, was alles nicht geht. Das gilt im Übrigen auch für Teile der Verwaltung!

Kommunalpolitik für künftige Generationen – Kommunalwahl 2024

Dieses Gremium trägt eine immense Verantwortung für den Gestaltungs- und Lebensraum kommender Generationen. Wir empfinden es als äußerst problematisch, dass die künftigen Generationen praktisch nicht mehr am Ratstisch vertreten sind. Aktuell liegt der Altersdurchschnitt dieses Gremiums bei knapp 64 Jahren, wenn man die WBB-Fraktion mit ihrem vergleichsweise schon jugendlich anmutenden Durchschnittsalter von 46,5 Jahren mal außen vor lässt. Fünf jüngere Ratsmitglieder haben oder werden aus verschiedenen Gründen das Gremium am Ende der Legislaturperiode verlassen, wodurch auch ihr Erfahrungsschatz für die kommenden Generationen wieder verloren geht. Leider betrifft dies auch unsere Fraktion. Bei der Befragung zu den Gründen wird deutlich, dass es unter anderem die oben genannten Debatten (- oder Nichtdebatten) sind, die, ähnlich dem Mobilitätskonzept, kaum mehr sachlich und faktenbasiert geführt werden und letztlich wertvolle Lebenszeit in Anspruch nehmen.

Wir bleiben zuversichtlich und haben vor, für die Kommunalwahl im Juni 2024 eine Liste mit neuen engagierten und wissbegierigen Köpfen vorzustellen, die unsere bewährten Ideale und politische Grundhaltung teilen und weiterführen. Unser Ziel ist es, fernab von Parteipolitik, Herausforderungen mit einer positiven Grundhaltung und Sachlichkeit anzugehen.

Wir sagen Danke!

An dieser Stelle möchten wir den Kandidierenden aller Listen unseren Dank aussprechen, die grundsätzlich bereit sind, in diesen polarisierenden Zeiten ein Ehrenamt zu übernehmen, dem leider immer weniger Ehre zuteilwird.

Unser herzlicher Dank gilt ebenso allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich in Vereinen, Initiativen, der Nachbarschaftshilfe, in Kirchen oder sozialen Verbänden – oder wo auch immer – für die Allgemeinheit engagieren und dabei viel Lebenszeit investieren. Mit unserem kürzlich eingereichten Antrag auf Änderung der Ehrenordnung möchten wir den unbezahlbaren Wert des Ehrenamts, besonders in Baden-Württemberg stark ausgeprägt, weiter würdigen.

Ein weiterer Dank gebührt allen Mitarbeitenden der Verwaltung mit Bürgermeister Bänziger an der Spitze, des Bauhofs und unseren Eigenbetrieben, die täglich bemüht sind, unser Dorf lebenswert zu gestalten oder, wie es in Corona-Zeiten hieß, "am Laufen zu halten".

Wir stimmen selbsterklärend der Verwaltungsvorlage mit unseren Ausführungen und damit der Haushaltssatzung 2024 zu, ebenso den Wirtschaftsplänen der beiden Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.